

Einheitskampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Montag nachmittags. Bezugspreis bei Haus monatlich 8,50 RM. Durch die Post monatlich 8,50 RM. ohne Zustellungsgebühr. Vierteljahrlich 21 RM. Halbjährlich 41 RM. Jahrsbeitrag 78 RM. Einzelhefte 1,50 RM. Druck- und Verlagsort: Halle a. S., Postfach 114. Fernruf 1047. Geöffnet 7-5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Erscheinungstag: 12-11 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 70 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 300 Pf. für den Millimeter Breite. Bei langfristigen Aufträgen bis zum 1. Januar 1928. Bei Anzeigen bis zum 1. Januar 1928. Bei Anzeigen bis zum 1. Januar 1928. Bei Anzeigen bis zum 1. Januar 1928.

Einzelpreis 50 Pf.

Dienstag, den 27. Dezember 1921

1. Jahrgang. Nr. 302

Das Fiasko von London

Die Gefahren der Krise

In der „Humanität“ schreibt der Genosse Paul Louis: Das Frankreich des nationalen Fiasko wird immer, das Deutschland zahlt. Und der General Gallieni riefte mit dem Säbel unserer Generalführer. Aber da ist die Entwertung der Mark und mit ihr die Sprünge der Wälder und der Niedergang der englischen Industrie und die Millionen Arbeitslosen in Amerika, und die russische Frage, und die Orientfrage, und die Frage der Land- und Seeverkehrswege, und die der internationalen Schulden. Man kann nicht mehr zu einem Uebereinkommen, zu einem Frieden, eine Neuverteilung treffen, ohne daß das ganze diplomatische Werk von 1919 und 1920 zusammenfällt. Man kann keinen Krieg der Gewalt unternehmen, ohne zehn Konflikte zu provozieren und hundert Nationen zu verletzen. Der Brand, der überall zugleich glimmt, kann durch das kleinste Flämmchen wieder angezündet werden... Später! Immer später! Zu spät!

Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian“ schreibt seinem Blatt: Das französische Argument scheint zu sein, daß eine dreifache oder noch weitere Garantie für die französische Sicherheit der gegenwärtigen Stimmung des französischen Volkes nicht genügend realistisch erscheint. Eine dreifache Garantie kann, wie man andeutet, zweifelhaft sein. Während England Hilfe für Frankreich gegen Deutschland garantiert, garantiert es gleichzeitig britische Hilfe für Deutschland gegen Frankreich... Die Franzosen waren nicht bereit, von der unmittelbaren Bezahlung der Zinsen und Zehnerzinsen abzugehen... Aus einer französischen Quelle verlautet, daß der britische Plan eines vollständigen Reparationsplans für die nächsten paar Jahre nicht zur praktischen Durchführung gelangte, daß die Franzosen höchstens soweit gehen würden, die Zehnerzahlung nachzulassen, wenn die Jännerzahlung von 500 Millionen Mark erlöste.

Die bürgerliche Presse ergibt sich immer noch in totem Optimismus über die Aussichten der englisch-französischen Verhandlungen. Dieser Optimismus ist völlig unbegründet und irreführend. Die Gefahren, die Deutschland drohen, zu verhüllen, heißt sie verfluchen. Heißt nur allem, die einzige Kraft, welche die Welt der Welt einbringen kann: die deutsche Arbeiterklasse. Die Behebung der deutschen Finanzen und der Wirtschaft durch die Erfüllung der Schuldverträge ist nach den Londoner Verhandlungen dringlicher als zuvor.

Kathenau erstattet Bericht

Berlin, 24. Dezember. (WZ.) Sofort nach Rückkehr in vortzerrichter Plenarsitzung erstattete Dr. Kathenau dem Reichstag Bericht, an dem sich eine Rede mit dem Reichspräsidenten angeschlossen. Die Londoner Verhandlungen haben das Ziel, für die am 6. Januar in Cannes beginnenden Verhandlungen der Alliierten Unterlagen zu schaffen. Voraussetzungen sind dort eine Entschärfung der deutschen Finanzen, die die Reparationsleistungen Deutschlands ermöglicht für das ganze Jahr 1922 wirtschaftlich erträglich gestaltet werden können.

Berlin, 27. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Am Montag fanden in der Reichskanzlei die Besprechungen statt, in denen Kathenau über seine Londoner Reise referierte. Auch der Reichspräsidenten Rat wurde zugezogen. Am Nachmittag um 5 Uhr fand dann ein Kabinettsrat statt, zu dem sämtliche Minister erschienen.

Es muß verlangt werden, daß die Öffentlichkeit sich vollends über das Ergebnis der Kathenau'schen diplomatischen Unterhandlungen unterrichtet wird.

„Glottenabrüstung“

Der englisch-französischen Gegensatz

Paris, 26. Dezember. Wie „Havas“ aus Washington meldet, erklärte in der Sitzung des Joint-Military-Committee am 24. Dezember Balfour auf die amerikanischen Vorschläge, daß Großbritannien die ihm in dem amerikanischen Vorschlag zugewiesene Lizenzen annehme. Admiral de Bona erklärte, daß eine Herabsetzung der Lizenzentgelte unter 1000 einen Verlust gleichfalls annehmen könne. Er mußte darüber an seine Regierung Bericht erstatten. Schaner erklärte, falls Frankreich die 1000 Tonnen annehme, nehme er die gleiche Lizenzentgelte an, unter, die er nicht herabsetzen könne, ohne von seiner Regierung Genehmigung zu haben. Bona betonte, daß 1000 Tonnen unter 1000 einen Verlust gleichfalls annehmen könne. Balfour erklärte auf die Bona'sche Forderung, daß die ihm angegebene Lizenzentgelte eine Drohung für England bedeute.

Ein neuer Lohnabzug!

Der W.-Bund verbreitet folgende Kunde: Die Reichsregierung beschließt zu Anfang des Jahres 1922 ein Abgabe in Kraft treten zu lassen, wonach Angestellte und Arbeiter

seiner deren Arbeitgeber sechs Monate hindurch Beiträge zur Kapitalanleihe für eine spätere Arbeitslosenversicherung entrichten müssen, ohne daß in diesem Abgabe von irgendwelchen Gegenleistungen die Rede ist. Der Vorstand des W.-Bundes erklärt in diesem Vorschlag einen Verweigerungsvorschlag und gleichzeitig eine Verletzung der Reichsregierung, in deren Artikel 103 die Unterhaltspflicht des Reiches gegenüber den Erwerbslosen ausdrücklich anerkannt wird. Der W.-Bund fordert die Arbeitnehmersprecher im Reichsministerkonferenz und Neidinger zur vollständigen Befreiung dieses Gesetzes, zur Ablehnung des Vorschlags auf.

Zur Regierung.

Die Erfahrungen aus der Angestellten- und Anwaltsversicherung sprechen gegen die Errichtung neuer Versicherungswege. Durch die Geldentwertung sind die Milliardebeträge der sozialen Versicherung bis auf einen geringen Bruchteil wertlos geworden. Angestellte der Unbeschäftigten der wirtschaftlichen Entwicklung muß damit gerechnet werden, daß auch weiterhin angelaufene Kapitalien automatisch ihren Wert verlieren.

Sobald eignet sich das Arbeitslosenproblem in seiner Welle für eine verlässliche finanzielle Behandlung. Jede Berechnung des Risikos ist, zumal heute, vollständig ausgeschlossen. Eine Beschränkung auf die Lebensdauer der Arbeiter und die Unbeschäftigten bedeutet für deren Angehörige die Aufzucht unerschafflicher Zeiten und ein Anrecht, das Arbeitslosentgelt als Mindererwerb zu erhalten. Der Plan des Arbeitsministeriums, der die wirtschaftlich leistungsfähigen Berufswege, die Land- und Forstwirtschaft, von den Leistungen befreien will und die Beitragslasten auf einen Drittel der Arbeitslosen aufbürdet, während die anderen 2/3 der Arbeitslosen, die keine Beiträge zahlen, die Kosten der Sozialversicherung zu übernehmen müssen, ist ein Verstoß gegen die Gerechtigkeit, ohne den Arbeitslosen auch nur den notwendigen Unterhalt zu gewährleisten. Es muß deshalb verlangt werden, daß an Stelle einer Arbeitslosenversicherung der sofortige Ausbau der Erwerbslosenhilfe mit Selbstverwaltung der Arbeitnehmer und der produktiven Erwerbslosenkräfte schnellstens herbeigeführt wird.

Eberts Weihnachtsverordnung

(WZ.) Berlin, 24. Dezember. Verordnung des Reichspräsidenten über die Ausführung der Verordnung vom 28. September 1921 vom 28. Dezember 1921.

Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung wird verordnet: § 1. Die Verordnung vom 28. September 1921 — Reichsgesetzblatt 1271 — wird hiermit aufgehoben. § 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft, jedoch bleibt § 7 der Verordnung vom 28. September 1921 für die Erhebung von Besoldungen maßgebend, die gegen Verbote oder Besoldungsmaßnahmen bis zum 31. Dezember 1921 einschließlich erhoben worden sind. Berlin, den 28. Dezember 1921.

Der Reichspräsident, gen.: Ebert.
Der Reichsminister, gen.: Dr. Wirth.
Der Reichsminister, gen.: Dr. Ritter.

Es handelt sich um die angelegte gegen rechts gerichtete Verordnung, die die Grundlage für die Besoldung der Erwerbslosen bilden. In Wirklichkeit wurde die Verordnung vorzugsweise von sozialdemokratischen Sozialisten und Regierungspräsidenten dazu benutzt, um die kommunalistische Presse zu fördern. Als erstes Opfer wurde bekanntlich der Herr Häufig und D. B. in der Zeit, da der Besoldungsaufbau für Mitteldeutschland noch nicht aufgehoben war, das Erzeugnis für den Klassenkampf, die „Tribüne“, dienen. Besoldungen für die Aufhebung der Verordnung ist auch, daß Herr Ebert durch einen Beschluß des Reichstages dazu gezwungen werden mußte.

Was wird mit den Eisenbahnern?

Am 3. Dezember haben die Eisenbahnorganisationen ihre Forderungen für die Staatsbeamten der Regierung unterbreitet. Eine scharfe Ablehnung ist erfolgt. Die Not der Staatsangestellten ist im Grenzenlose geliegen. Der Eisenbahner hat sich bereits eine gewaltige Erregung bemächtigt. In Dresden zogen bereits 8000 Eisenbahner in gewaltiger Demonstration vor das Direktionsgebäude. Sie stellten ein Ultimatum auf Auszahlung einer Wirtschaftshilfe. In Rottweil wiederholten sich ähnliche Vorgänge. Auch die Eisenbahner wollen in den Streik treten. Die Regierung „verspricht“ nach fünfzehn bis zwanzig Tagen. Man glaubt, wenn man erst über das hohe Besoldungsultrastruktur hinweg ist, wird man die Beamten schon einleiten können. Das Reichsministerium oder der Öffentlichkeit ein Gehörmaß für die 15-Stundenfrist. Arbeiter und Beamte müssen sich zur einheitlichen Front zusammenschließen und von den Eisenbahnorganisationen verlangen, daß sie in ultimativer Form ihre Forderungen durchsetzen.

Parteitag der K.P. Frankreichs

Berlin, 27. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) In Marseille wurde am 1. Weihnachtstag der erste Kongress der kommunistischen Partei Frankreichs eröffnet, an dem über 550 Delegierte teilnahmen.

Das Rätsel China

Von E. Targa

Moskau, Anfang Dezember. Die bürgerlichen Wirtschaftspolitiker, die auf einen baldigen Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft hoffen, hatten ihre Hoffnungen hauptsächlich auf die Entwicklung Chinas für den Kapitalismus gesetzt. Der Sinn der Washingtoner Konferenz schien eine Neuverteilung der Einflusssphären zu sein. Die nähere Untersuchung der Lage durch die Sachverständigen der Bourgeoisie ergab aber, daß in China vorläufig für den ausländischen Kapitalismus nichts zu holen sei, da die lokalen und politischen Verhältnisse ein betriebsloses Chaos darstellten, das es für eine Durchdringung durch den ausländischen Kapitalismus zurzeit ungeeignet macht.

Was geht nun eigentlich in China vor? Genügende Nachrichten über die Vorgänge in China besitzen wir nicht. Wir kennen nur die großen Tatsachen. Diese sind: 1. der Zerfall der Einheit des Reiches, indem gegenwärtig drei große und eine ganze Reihe von kleinen Regierungen auf dem chinesischen Gebiet vorhanden sind; 2. die Errichtung eines neuen Militarismus unter Führung von Gesellen, die zugleich Chiefs der verschiedenen territorialen Regierungen sind; 3. die Tatsache, daß viele großen Generäle und Regierungsoffiziere in den meisten zugleich an allen großen wirtschaftlichen Unternehmungen ihres Gebietes als Aktionäre beteiligt sind; 4. die Erklärung der Fokinger Zentralregierung, ihren ausländischen Schuldverpflichtungen momentan nicht nachkommen zu können; 5. die Tatsache, daß trotz der politischen Anarchie die Einheit Chinas aus den kapitalistischen Händen eine steigende Tendenz zeigt. Unsere Aufgabe ist es nun, diese scheinbar widersprechenden Tatsachen auf marxistische Grundlage in ein einheitliches Bild zu vereinigen. Selbstverständlich kann dies nur eine Konstruktionsleistung sein, da uns die detaillierten Daten zur Beurteilung der Lage fehlen. Wir denken uns den Zusammenhang folgendermaßen:

Die alte Reichseinheit dieses Riesengebietes war eine feudal-bureaucratische Einheit, eine oberflächliche, die naturalwirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende Staatsform. Diese wurde ungenügend bei einer früheren Entwicklung des Kapitals und bei der Forderung der naturalwirtschaftlichen Gebundenheit. Es scheint nun, daß während des Weltkrieges, infolge des Aufstiehs der europäischen und amerikanischen Konkurrenz der sich abmehrend in langsamer Entwicklung befindliche inländische chinesische Kapitalismus eine viel raschere Entwicklung durchgemacht hat. Den Interessen dieses sich energisch entwickelnden Kapitalismus konnte die bürokratische alte zentrale Regierungsmacht nicht mehr entgegenstehen. Daher stellte die neue Bourgeoisie die lokalen Machthaber in Gefahr, der Generäle in ihren Diensten. Es bildeten sich Lokalregierungen, und den Interessen der Bourgeoisie des betreffenden Gebietes besser dienen zu können.

Wir dürfen nicht den Fehler begehen, das Zerfallen der chinesischen Reichsregierung ohne Überlegung als eine ökonomische Zerfallserscheinung zu betrachten. China ist ein Gebiet mit 400 Millionen Einwohnern. Zerfällt es in zehn Teile, so sind das noch immer Länder mit je 40 Millionen Einwohnern! Und es ist sehr wahrscheinlich, daß bei der geringen Entwicklung der Verkehrs- und Verkehrsmittel in China, sich die Interessen der Bourgeoisie entsprechend, sich auf das ganze Gebiet erstreckende Gesamtregierungen nicht bilden läßt. Nach dieser Auffassung wäre die Bildung von Lokalregierungen mit Generälen an der Spitze, die zugleich die größten Kapitalisten ihres Landes sind, kein wirtschaftlicher und sozialer Rückschritt, sondern eine Überlagerung der von den feudalen bürokratischen Gesamtregierungen zu einer später sich entwickelnden kapitalistischen Gesamtregierung.

Selbstverständlich hat die Auflösung des reichen alten bürokratischen Regierungsapparates, der Hunderttausende, vielleicht Millionen Regierungsbeamte umfaßt, schwere soziale Erschütterungen zur Folge. Die Soldateska, die die unmittelbare Grundlage der Macht der einzelnen Generäle bildet, besteht, wie es scheint, zum großen Teil aus armenen Regierungsgesellen, die infolge der Zahlungsunfähigkeit der Zentralregierung heillos geworden sind. Dazu kamen Elemente aus dem Handwerkerstand, die durch die starke Entwicklung des Kapitalismus in das Proletariat hineingezogen wurden. Wir sehen hier also eine in der Weltgeschichte nicht neue Tatsache, daß die vorwärtsstrebende Klasse, hier die Bourgeoisie, die sozialen Verfallserscheinungen der früheren herrschenden Klasse zur physischen Grundlage ihrer militärischen Macht verwendet.

Die Erklärung der immerhin sehr tiefen sozialen Tatsachen, die wir von den Vorgängen in China besitzen, richtig, so bedeutet es, daß die Hoffnung, den Produktivwert des während des Krieges stark ausgebauten sozialen Produktionsapparates in Amerika und England in China abgeben zu können, eine sehr geringe ist. Ein militärisches Einströmen der kapitalistischen Siegermächte in China erscheint ausgeschlossen. Bei den riesigen Dimensionen des Reichs würde eine gegen den Willen des Volkes erfolgte Besetzung mehr Kosten verursachen, als man aus dem Lande herauswirtschaften könnte. Freiwillig wollen sich die Chinesen dem ausländischen Kapitalismus nicht unterwerfen. Es ist bezeichnend,

